

**Preußen im Januar 1847**

und das

**Patent vom 3. Februar.**

Von

**Bülow-Cummerow.**

---

**Zweite Auflage.**

---

Der Autor behält sich die Herausgabe einer Uebersetzung in das Englische vor.

---

**Berlin.**

Verlag von Witt und Comp.

**1847.**



## Einleitung.

---

Die Zeit, die wie Gott von Anfang war, die keinen Schöpfer hat und die Ewigkeit ermist, — die Zeit, welche gleichsam den Rahmen bildet, in welchem sich die Weltbegebenheiten aneinanderreihen, Völker entstehen und vergehn; die Zeit, welche unaufhaltsam ein Blatt der Geschichte nach dem andern aufrollt und uns immer und immer wieder ein neues vorlegt, welches die Selbstsucht, die Schwachheit und die Thorheit als nächst berechnete auszufüllen nicht unterlassen: die Zeit, sagen wir, hat uns das 1847ste Jahresblatt der neuen Zeitrechnung vorgelegt und in dichten Schleier gehüllt, was es uns bringen wird.

Fragen wir die Auguren, so erblicken wir schlimme Zeichen am Himmel; die Sonne von 1847 umhüllt ein dichter Nebel, und wo sie diesen durchbricht, erfüllt sie uns mit eifigem, fieberhaftem Schauer. Auch die Erde verkündet uns nichts Gutes: mit einem großen Leichentuch hat sich die Mutter bedeckt. Soll dies ein Zeichen der Trauer sein, daß ihr Schooß so unfruchtbar geworden sei? oder deutetes auf den Hungertod hin, dem ihre Kinder entgegenzugehen scheinen?

Doch wir wollen nicht die Auguren fragen, was uns das Jahr 1847 bringen werde, wir wollen uns nicht der Wehmuth hingeben, welche die Vergangenheit in unserer Brust erzeugt, — wir wollen als Philosophen uns der Betrachtung überlassen: daß die Noth die unerbittliche Vollstreckerin des göttlichen Willens sei, die nur die Wahl zwischen Vernichtung oder Gehorsam läßt, und daß sie allein die Vorurtheile und Thorheiten der Erdenkinder nebst dem eingewurzeltsten Egoismus zu überwinden vermag, ja selbst im Stande ist, dem gerupften Hahn des Plato seine Federn wieder wachsen zu lassen, auf daß er nicht mehr nackt bleibe. Wir wollen als gute Christen uns vor Allem erinnern, daß der gütige himmlische Vater in seiner unüberschwänglichen Liebe und Langmuth den Menschen lange droht und sie warnet, und nur die Unverbesserlichen straft; wir haben es nicht vergessen, daß unser Heiland uns sagt: das erste und höchste Gebot sei der Gehorsam gegen Gott, — das zweite sei, die Nebenmenschen zu lieben wie sich selbst.

In diesem göttlichen Gebot nun und in der Verehrung und Liebe zum Könige und Vaterlande finden wir eine Aufforderung, uns innerhalb der freilich stark beschränkten gesetzlichen Grenzen über die Gefahr auszusprechen, in welcher wir das Land erblicken, vor den Folgen zu warnen und die Mittel, ihr zu begegnen, soweit dieß möglich ist, anzugeben.

---

## Der Monat Januar 1847.

---

### Blicke in die Vergangenheit und Zukunft.

---

Es giebt Zeiten im Leben, in dem der Individuen und Völker, in welchen man mit heiterem Sinn der Zukunft entgegensteht: es sind dies die Augenblicke, wo man im Sonnenschein glücklicher Constellationen sich einer gemüthlichen Ruhe hingiebt, und wo die geschäftige Phantasie sich Alles im rosenfarbigen Lichte ausmalt. Es giebt dagegen auch Zeiten im Leben, in welchen am Horizont Gewitterwolken hangen, wo man fühlt, daß in den Constellationen die Nothwendigkeit einer großen Umwandlung liegt, ohne daß man voraussehen vermag, wohin diese führen werde. Es giebt Zeiten, wo es eine Todsünde wäre, diesen mit Leichtsinne entgegenzutreten, wo vielmehr Besonnenheit, Muth und weise Voraussicht erforderlich sind, um den zerstörenden Elementen, die uns umgeben, mit Erfolg entgegenzutreten. Ja es giebt Zeiten, wo, wenn man jene anzuwenden versäumt hat, jede höhere Leitung unmöglich wer-

den kann, und die Länder nur zu leicht einem dunklen Fatum und der Macht der bösen Geister anheimfallen.

Werfen wir nun mit Bezug auf Preußen den Blick auf die gegenwärtigen Zustände, wie wir sie im Januar 1847 erblicken, so finden wir, daß sich das Land in einer bedeutenden Krise befindet, aber gottlob noch nicht in den letzten Stadien derselben, inzwischen schon immer so weit in derselben vorgeschritten, daß weise Voraussicht, fester Wille, richtige Auffassung und vereinigtcs Wirken von König und Volk allein im Stande sein werden, das Reich vor Erschütterungen zu bewahren, deren Endresultat kein Mensch vorherzubestimmen vermag.

Wie der Arzt, der einen Kranken heilen soll, vor Allem den Sitz des Uebels kennen muß, so auch der Staatsmann. Ohne die Kenntniß des Ursprunges des Uebels bleiben die Mittel, es zu heilen, unbekannt und ist eine Heilung unmöglich. Der Vorwurf dieser Schrift ist, so weit unsere Einsicht und Redefreiheit reicht, dem Leser ein treues Bild der jetzigen Verhältnisse und der Mittel, diese zu verbessern, vorzuführen und zugleich der Regierung und dem Lande Material zur weiteren Benutzung zu liefern. Der Gegenstand, welchen wir zu behandeln gedenken, ist sehr ernst. Die Zukunft Preußens, die Befestigung des Throns seines erhabenen Regentenhauses, die äußere Größe und innere Wohlfahrt des Landes wird von den Maasregeln abhängen, zu welchen die Regierung sich in der nächsten Zeit entschließen wird, die aber, um durchgreifend zu wirken, unterstützt werden müssen von dem guten

Geist, klugen Benehmen und aufrichtigen Entgegenkommen der Stände, jedoch verbunden mit derjenigen Gemessenheit und Festigkeit, welche den Vertretern eines großen Volks nie fehlen darf. Um ein treues Bild der Zustände, in welchen Preußen sich befindet, zu geben, können wir die äußeren Verhältnisse nicht ganz übergehen; inzwischen werden wir uns aus naheliegenden Gründen über diese, sowie über die kirchlichen Wirren, die leider so zur Unzeit angefaßt sind, nur kurz fassen, uns dagegen im weiteren Verfolg vorzugsweise mit den materiellen und finanziellen Interessen beschäftigen, sowie mit der jetzigen innern politischen Lage und der weiteren Entwicklung der Verfassung.

Werfen wir den Blick auf die politischen Verhältnisse Preußens, Deutschland und den übrigen europäischen Großmächten gegenüber, und auf die gleichen Interessen, welche die Bundesstaaten haben und haben sollten: so stellt es sich klar heraus, daß es die erste Aufgabe der preussischen Politik sei, sich mit Deutschland, mit den Fürsten und dem deutschen Volke, auf das innigste zu vereinigen, zugleich aber auch mit festem Willen eine größere Einheit und Centralisation der Kräfte der Bundesstaaten zu fördern; dem zunächst dann aber — da Preußen an keine Eroberung denkt, vielmehr nur die Friedenspolitik vertritt — das System einer vermittelnden Politik zwischen den großen absoluten Staaten und den constitutionellen Mächten zu verfolgen.

Nicht allein die geographische Lage Preußens und Deutsch-

lands im Herzen von Europa weist es darauf hin, diese Stellung einzunehmen, sondern die politische Verfassung Deutschlands — welches gleichsam die Mitte zwischen den rein constitutionellen und den völlig absoluten Monarchien hält — so wie auch der Bildungsgrad des preussisch-deutschen Volkes es zu einer solchen Vermittelung ganz besonders geeignet macht.

Wichtiger noch erscheint diese politische Stellung Preußens, wenn man es als rein deutsche Macht betrachtet, weil es dadurch mit völliger Bewahrung seiner Freiheit stets im Stande ist, das Uebergewicht nach der Seite hinzulenken, wohin es sich selbst neigt. Daß Preußen bei allen Continentalstreitigkeiten die Entscheidung in der Hand hat, dafür spricht die Bewaffnung seines kriegerischen Volkes von 16 Millionen Menschen, sowie seine ganze militärische Organisation, welche es ihm von allen europäischen Mächten allein möglich macht, ohne weitere Vorbereitungen jeden Augenblick ein mit allem Kriegsmaterial versehenes Heer von 300,000 Mann ins Feld rücken zu lassen. Welche achtbare und einflußreiche Stimme Friedrich Wilhelm IV. im Rath der Fürsten gesichert ist — wenn Preußen das rechte politische System verfolgt, eine seiner würdige energische Sprache führt, mit seinem Volke auf das innigste vereint ist, wie das Jahr 1813 davon ein Beispiel geliefert hat, wenn es auf die Aufrichtigkeit der deutschen Fürsten und die Sympathie des deutschen Volks rechnen kann — wird ganz Europa anerkennen müssen.

Daß das eben Gesagte kein Hirngespinnst eines hohlen

politischen Kopfs ist, läßt sich schon nach der Lage der Verhältnisse beurtheilen, auch aus Thatsachen der neuesten Geschichte beweisen.

Als im Jahre 1830 in Frankreich der Thron der älteren Bourbonen eingestürzt ward, und Rußland und Oesterreich dies als Sache der Fürsten betrachten und mit dem Schwerte das Princip der Legitimität vertheidigen wollten: da scheiterte die Kriegslust Rußlands und Oesterreichs an dem Veto Preußens, an dem festen Willen seines Monarchen, der, indem er die einzig richtige preussische Politik verfolgte, Europa und seine Unterthanen vor einem blutigen verderblichen Kriege bewahrte. Nicht dieselbe richtige Politik ward im Jahre 1831 bei der Schilberhebung des Königreichs Polen gegen Rußland verfolgt.

Inwiefern es im preussischen Interesse lag, diesen Zeitpunkt zu benutzen, die russische Grenze von Deutschland wieder zu entfernen, können und wollen wir nicht weiter berühren; allein die Unterstützung, deren sich Rußland damals von Preußen erfreute, hätte wenigstens an die Bedingung geknüpft werden müssen, daß nach Unterdrückung des Aufstandes, dem Wiener Tractat gemäß, Polens Selbstständigkeit bewahrt bliebe.

Auch bei zwei andern wichtigen politischen Ereignissen, welche die Ruhe Europas bedrohten, befolgte Preußen eine richtige Politik; und beide bestätigten die vorhin über das Princip ausgesprochene Ansicht: diese waren der Abfall Belgiens und die sogenannte orientalische Frage. In beiden trat

Preußen als directer Vermittler, von Oesterreich und Rußland unterstützt auf. Ihm allein war es zu danken, daß der Abfall Belgiens nicht zu einem casus belli gemacht wurde; und in der orientalischen Streitfrage entschied — nachdem Lord Palmerston die fast mit Frankreich bis zur gütlichen Beilegung geführte Verhandlung von Neuem abbrechen wollte — die feste Erklärung des preussischen Gesandten, daß Preußen dann auf Seite Frankreichs treten würde, für die friedliche Beilegung der Streitfrage.

Ganz diesem Systeme entgegen, welches allein Preußens Stellung und Interessen entspricht, ist aber die Nichtanerkennung der Königin von Spanien. Spanien und Deutschland sind natürliche Verbündete gegen das stets erobersüchtige Frankreich, und Spanien durfte daher nie von Preußen aufgegeben und in die Hände Frankreichs geworfen werden.

Abgesehen von dem großen materiellen Verlust, den der preussische und deutsche Gewerbleiß dadurch erfahren haben, würde es Preußen, — wenn es Isabella anerkannt und einen tüchtigen Diplomaten nach Madrid gesandt hätte — leicht geworden sein, dort als völlig parteiloser Vermittler aufzutreten, während jetzt nicht zu ermessen ist, zu welchen Verwickelungen das französische Uebergewicht in Spanien und die Verfolgung der dynastischen Zwecke Ludwig Philipps einst führen werde. Als damals die drei nordischen Mächte Don Carlos unterstützten, verfolgte Rußland allein eine richtige Politik. Jeder Zankapfel in Westen verwickelt England und Frankreich, und

lenkt dadurch ihre Aufmerksamkeit von den Operationen Rußlands an den Grenzen Deutschlands, der Türkei und Persiens ab. Auch Oesterreich glaubte in der spanischen Sache eine richtige Politik zu verfolgen, die der Legitimitätsbewahrung; allein es täuschte sich, förderte nur die Zwecke Frankreichs, seines erklärten Gegners, und verrechnete sich in Hinsicht der Mittel, seine Wünsche durchzuführen.

Selbst die neuesten Ereignisse boten Preußen wieder zweimal die Gelegenheit, sich ein großes moralisches Gewicht zu verschaffen, dessen es vor Allem bedarf, um Deutschland und Europa zu überzeugen, welches wichtige Glied diese Monarchie wie in dem deutschen Bunde so in dem großen europäischen Staatenverbände bildet. Die erste Gelegenheit ward von Dänemark dargeboten. Wenn Preußen auch noch keine Veranlassung hatte, sich früher in den Streit Dänemarks gegen Holstein zu mischen, so berechtigte doch der offene Brief und die unumwunden darin ausgesprochene Absicht Dänemarks, allen bestehenden Verträgen entgegen einen Bundesstaat von Deutschland abzureißen und Dänemark einzuverleiben, Preußen vollkommen, sich offen und auf eine energische Weise dagegen zu erklären. Preußen, als die größte rein deutsche Macht, hatte eine doppelte Veranlassung dies zu thun.

Einmal, weil es in seinem eigenen Interesse liegt, daß die Herzogthümer dem Geiste und der Sprache nach deutsch bleiben und nicht als Beute an Dänemark fallen, — und zum andern, weil die preussische Stellung zu Deutschland es for-

bert, den Fürsten und dem Volke zu beweisen: daß, wo es die Interessen des großen gemeinsamen Vaterlandes gilt, Preußen sich ohne Aufforderung voranstellt. Wenn auch die Bewegung unserer Presse und mehrere officielle Schritte zu Gunsten der Herzogthümer die Ansichten Preußens außer Frage stellen, so würde doch eine öffentliche Erklärung, wozu der Vorwand sehr nahe lag, einen großen moralischen Effect hervorgerufen haben, dessen Preußen seinen vielen Gegnern gegenüber bedarf.

Eine weitere Veranlassung bot Krakau dar; zwar allgemein bekannt und deutlich genug ausgesprochen ist es, daß Preußen ungern und nur durch einen Separatartikel des Münchener-Gräzer Vertrages bewogen worden ist, seine Beistimmung zur Ueberleibung Krakaus zu ertheilen. Inzwischen wenn es, ohne Rußland und Oesterreich sogleich seine definitive Zustimmung zu geben, von dem Verlangen der beiden Kaiser die übrigen Garanten des Wiener Tractates und die Bundesversammlung zu Frankfurt in Kenntniß gesetzt hätte\*): so blieb

---

\*) Es konnte sich Preußen keine willkommenerere Gelegenheit darbieten, den Bundesfürsten einen Beweis davon abzulegen, wie sehr ihm die Erhaltung der durch den Wiener Tractat anerkannten kleinen Staaten am Herzen liege, als indem es in dem Augenblick, wo Oesterreich die Selbstständigkeit Krakaus bedrohte, sie davon in Kenntniß setzte. Ja es scheint, daß — da die Bundesfürsten sich in gleicher Lage mit Preußen befanden, die Nachtheile der Verletzung des Wiener Tractats und der daraus entspringenden Spannung mit den übrigen Garanten desselben zu tragen, ohne irgend einen Vortheil absehen zu können — es ebenso angemessen als politisch war,

demnächst die Entscheidung immer noch in seiner Hand, und es trat dadurch immer mehr und mehr die europäische Stellung Preußens hervor, sich dem Westen oder Osten von Europa anzuschließen, je nachdem es das eigene oder Deutschlands Interesse forderte.

Vielleicht würde man versucht werden, gegen einen solchen Schritt Preußens einzunenden, daß er einen Bruch des engen Bündnisses zwischen den drei nordischen Mächten und vielleicht selbst einen ernstlichen Conflict mit Rußland hätte herbeiführen können. Beides ist nicht zu beforgen; denn ein rechtlicher Grund dazu war nicht vorhanden, da der Wiener Tractat, durch welchen Preußen ein Drittel seiner Monarchie garantiert ist, wenigstens auf gleicher Höhe mit dem München-Gräzer steht. Ein politischer Grund noch viel weniger; denn Rußland und Oesterreich bedürfen weit mehr Preußens als Zwischenmacht und Vermittler bei den so schroff gegenüberstehenden Richtungen des Ostens und Westens, auch kennen beide ihre Interessen zu gut, um nicht, wenn es gilt, Alles zu vermeiden, was Preußen zu einem Bündniß mit letzterem hindrängen könnte.

---

sich mit ihnen darüber zu verständigen. Inzwischen, wenn auch Verhältnisse, die wir vielleicht zu beurtheilen außer Stande sein mögen, Preußen gehindert haben, einen solchen Schritt zu thun, so liegt wenigstens eine Beruhigung darin, daß Preußen keinen Antheil an dieser Eroberung genommen hat, — auch Oesterreich wird dadurch weder an materieller noch moralischer Kraft zunehmen.

Kaiser Nicolai (ganz die Bande der Verwandtschaft bei Seite gesetzt) ist entschieden ein ebenso ausgezeichnetes Diplomate, als consequent in allen seinen Handlungen. So lange er seine Centralisationspläne in Kirche und Staat, in Sprache und Sitte nicht vollendet und die polnischen und deutschen Elemente russificirt hat, so lange seine friedlichen Eroberungen nicht beendigt sind, und die Schwächung der Nachbarstaaten ihm nicht bis auf den Punkt gelungen ist, den er sich als Ziel gesetzt hat, — wird er den Krieg nicht für zeitgemäß halten.

Was endlich Oesterreich betrifft, so ist das immer engere Anschließen an Rußland, von welchem es nichts zu hoffen, alles zu fürchten hat, selbst aus dem Revolutionschauer kaum zu erklären, welcher seine Staatsmänner befallen hat; sollte es wäñnen, Preußen werde sich ihm ferner unbedingt unterordnen, so möchte hierin eine Täuschung liegen.

Oesterreich hat nur einen durch gemeinschaftliche Interessen verketteten Bundesgenossen, — und dieser ist Preußen. Sein Interesse erlaubt es nicht, sich jemals von Preußen zu trennen; je verwickelter seine inneren und äußeren Verhältnisse werden, je mehr Rußlands Macht sich an der deutschen und galizischen Grenze sowie im Orient verstärkt, um so mehr sollte es der Betrachtung Raum geben, daß die Zeit gekommen sei, auf den bisher oft gemißbrauchten Einfluß auf Preußen zu verzichten und nur in der Stärke Preußens einen Zuwachs seiner eigenen zu erblicken.

Wenden wir uns nun wieder dem einzig richtigen politischen Systeme zu, und sehen, welche Constellationen sich dem Lande beim Beginne des Jahres 1847 zeigen, so finden wir, daß sich in den letzten fünf Jahren die moralische Kraft keinesweges verstärkt hat. Ebenso wenig sind Zeichen vorhanden, die auf eine engere Verbindung Preußens mit dem übrigen Deutschland oder auf eine größere Centralisation der deutschen Bundesstaaten hindeuteten. Auch die Lage Preußens dem Auslande gegenüber ist nicht günstiger geworden.

Die immer noch mangelnde innere politische Entwicklung und die darüber zwischen Regierung und Volk bestehenden Controversen, so wie die Bestimmung des Gesetzes vom 17. Januar 1820, nach welchem Staatsanleihen der Garantie der Reichsstände bedürfen (die aber bis jetzt noch nicht bestehen), rauben der preussischen Regierung einen Theil der Zuversicht, um bei den wichtigen politischen Fragen mit der Bestimmtheit aufzutreten, welche unerläßlich ist, um den Freunden Vertrauen, den Gegnern Achtung einzulößen.

Allein vor Allem tritt es in die Augen, daß ein zu enges Anschließen an Rußland, wodurch Preußen von seiner Bahn fortgezogen und zu Schritten verleitet wird, die seinen Interessen direkt entgegenlaufen, nicht mit einer wohl verstandenen Politik Preußens vereinbar ist.

Dem preussischen Monarchen ist dies, wie so manches darauf hindeutet, keinesweges entgangen, und wir würden daher den Gegenstand auch unbeachtet gelassen haben, wenn

nicht von fremden Blättern, theils aus Sachkenntniß, theils wegen ihrer feindlichen Stimmung gegen Preußen, hieraus ein Verdächtigungsgrund entnommen, und diese die Beschränkung unserer Tagespresse und deren Schweigen als Zustimmung ausgelegt hätten.

Als guter Patriot und Freund der Wahrheit liegt uns daran, solche Vorwürfe, welche den Zweck haben, Preußen zu verkleinern, zu widerlegen, und zugleich darauf aufmerksam zu machen, wie schwer und selbst unpolitisch es oft sein würde, bestehende Verhältnisse plötzlich abbrechen zu wollen. Um dies klar zu übersehen, müssen wir uns auf einen früheren Zeitpunkt zurückversetzen.

Die Eroberungssucht Napoleons gab die erste Veranlassung, daß sich ein enges Freundschaftsbündniß zwischen Rußland und Preußen anknüpfte; die Krieger beider Nationen fochten in jener Zeit gemeinschaftlich um den eigenen Heerd. Nach Beendigung des Krieges und während der in Wien geführten Verhandlungen über Theilung der Eroberungen trennten sich die Interessen Preußens und Rußlands schon wieder, besonders wenn ersteres die Zukunft ins Auge faßte; allein die falsche Politik des Wiener und Londoner Cabinets und die Mißgunst dieser und auch einiger anderer Fürsten Deutschlands gegen Preußen, welche diesem die Früchte seiner Opfer und seiner Siege ungebührlich zu schmälern suchte, zwangen dessen Monarchen, sich seinem einzigen Freunde, dem Kaiser Alexander, enge anzuschließen. So befestigte sich auch nach

dem Frieden das Bündniß beider Mächte, welchem sich demnächst auch Oesterreich anschloß.

Die weit übertriebene Besorgniß vor den politischen Bewegungen in Deutschland und dem Westen von Europa, so wie vor den unermüdlchen Anstrengungen der Propaganda hielten die Allianz der drei Mächte zusammen; aber noch weit mehr that dies das enge Principien-Bündniß Englands und Frankreichs, welches man als gegen die nordischen Mächte gerichtet betrachten zu können glaubte.

So lange Kaiser Alexander lebte, und auch in den ersten Regierungsjahren des Kaisers Nicolaus gab es preussischer Seite weniger Veranlassung zum Mißtrauen; erst seit dem Regierungsantritt des jetzigen Königs entwickelt Rußland eine Politik, die allen Nachbarstaaten gerechte Besorgnisse einflößen muß.

Inzwischen hatte der jetzige Monarch die Erbschaft seines Vaters angetreten, zu welcher auch das enge Bündniß mit Rußland gehörte; es schwebten eine Menge politische Fragen, die spanischen, die kralauschen, so wie die Angelegenheiten des Königreichs Polen betreffend, in welchen Preußen sich wider seinen Willen mit verwickelt sah und fortgezogen wurde.

Wahrlich ganz im Widerspruch mit dem Interesse seines Volks würde es gewesen sein, wenn der König gewaltsam alle diese Verhältnisse zerreißen wollte, während Oesterreich sich unbedingt auf die Seite Rußlands stellt, während auf Deutschland wohl kaum unbedingt zu rechnen sein möchte und das

deutsche Volk bis jetzt keine Sympathie für Preußen beweiset, zugleich aber in Preußen eine bedeutende politische und kirchliche Aufregung besteht.

Wir haben vorhin von Zeichen gesprochen, welche errathen lassen, daß die preußische Diplomatie sich nicht über die Gefahr der jetzigen Stellung täusche. Der Bau der Festung Posen, die Verstärkung der Werke von Thorn, die Befestigung von Königsberg und der hart an der russischen Grenze ausgeführte Festungsbau bei Löben, Boyensfeste genannt, vertheidigen diese Behauptung.

Unserm Vorsatze getreu, wollen wir uns nicht weiter in die äußere Politik vertiefen, und uns am wenigsten auf Vermuthungen einlassen, wohin die verschiedenen, jetzt schwebenden politischen Fragen möglicherweise führen können. Wir glauben noch fest an den Glückstern Preußens, an die in der Vereinigung zwischen König und Volk beruhende Kraft, welche, wie zu hoffen steht, durch die Verfassung vermehrt, auch der äußeren Politik eine erfreulichere Gestalt geben wird, als wir diese jetzt darzustellen vermögen würden, wenn wir uns auf ihre Schilderung einlassen wollten.

---

## Die kirchlichen Zustände.

---

In Hinsicht der kirchlichen Wirren, wie sie im Januar 1847 vorliegen, können wir nur auf unsere in früheren Schriften ausgesprochene Ansicht zurückgehen, daß ihr Vorhandensein höchst beklagenswerth sei und sie nur das Bild der Zerrissenheit zeigen, in welcher sich die evangelische Kirche befindet. Es konnte keinen ungelegeneren Zeitpunkt geben, als den jetzigen, sie hervorzurufen.

Die Geschichte aller Völker und aller Zeiten belehrt uns darüber, wie viel Unheil die religiösen Streitigkeiten immer gestiftet haben, und wie gering die endliche Ausbeute in Rücksicht der richtigeren Erkenntniß religiöser Wahrheiten und der moralischen Besserung der kämpfenden Parteien gewesen ist. Dazu kommt, daß die kirchlichen Bewegungen fast immer einen politischen Charakter zu nehmen pflegen, und nicht selten zur Erschütterung der bestehenden Ordnung geführt haben.

Wenn aber auch eine gewisse Beruhigung darin liegt, daß der religiöse Fanatismus sein Zeitalter gehabt hat, und

jezt oft nur eine Maske ist, um die Schwachen zu bethören und den hangen Gemüthern Angstschweiß auszupressen, im Hintergrunde aber Amtsjägeri, Opposition gegen die Regierung, Spektakelmacherei oder eine Art Blödsichtigkeit verborgen liegt: so muß man es jedenfalls als einen beklagenswerthen Zustand betrachten, daß sich so wenig gute Elemente hinter einem Heiligenschein zu verbergen suchen.

Wir können die Regierung nicht von dem Vorwurf freisprechen, daß sie, wenn auch unzweifelhaft in der besten Absicht, doch sehr unzeitig und zu eifrig in der Sache vorgeschritten ist.

Die Sorge, die sich so oft ausspricht: daß Christenthum stehe in Gefahr und es müsse etwas geschehen, um es zu retten, beweiset nur den schwachen Glauben derer, die so etwas fürchten, und wie wenig sie einen Begriff von dem wahren Christenthum haben. Wären sie fest davon überzeugt, daß unsere Religion göttlichen Ursprungs sei, und hätten sie nur Glauben wie ein Senfkorn groß, so würden sie von der Wahrheit durchdrungen sein müssen, daß das göttliche Wort in sich die Kraft der Selbsterhaltung trage und der Stütze schwacher erbärmlicher Menschen nicht bedürfe.

Die äußeren Religionsübungen lassen sich wohl erzwingen, verlieren dadurch aber allen Werth. Das wahre Christenthum dagegen, das innere vom Geist des Menschen erfaßte, tief in sein Gemüth eingeprägte, steht höher und kann weder ge- noch verboten werden.

Daß auch die Religion einer äußeren Form bedürfe, daß eine jede Kirche unter der Leitung der geistlichen Behörde stehe, daß es die Pflicht der Regierung sei, die ihr zu Gebote stehenden Mittel zu verwenden, das Seelenheil des Volks zu fördern, und den Aberglauben wie Unglauben durch geistige Mittel und durch die Kraft der Wahrheit zu bekämpfen, — ist ebenso gewiß, als daß jeder kirchliche Absolutismus dem Geist der evangelischen Kirche widerspricht.

Inzwischen können wir es nicht oft genug wiederholen, daß die Regierung, wenn sie die religiösen Verirrungen nicht noch steigern will, für jetzt sorgfältig Alles vermeiden müsse, was zu einer weiteren Aufregung führen kann, dagegen Alles thun, um die bürgerliche Ordnung aufrecht zu erhalten. In dieser Beziehung scheint es nöthig, sobald als möglich die bürgerliche Ehe einzuführen.

Mehrere der neuentstandenen Sekten haben noch zu wenig Bestand, um sie schon als Zweige der einen oder anderen Landeskirche anerkennen zu dürfen. Wenn man sie daher auch nicht in ihrer Glaubensfreiheit und in ihren kirchlichen Ceremonien beschränken will und darf, so ist es doch noch zu frühzeitig, ihren Geistlichen sämtliche Befugnisse der Priester der Landeskirchen einzuräumen. Um nun hierzu nicht auf der einen Seite gezwungen zu sein, und um auf der andern den Kindern aus den von Neukatholiken, Lichtfreunden und andern geschlossenen Ehen ihre bürgerlichen Rechte zu sichern, sind die Civilehen am geeignetsten, durch deren Einführung

überdem eine Menge Konflikte bei Schließung gemischter Ehen vermieden werden würde.

Wenn wir nun darauf zurückkommen, daß jeder Widerstand nur zu oft das Gegentheil von dem bewirkt, was man durch denselben bezweckt, das Gehenlassen dagegen zu gewissen Zeiten sehr beruhigend wirkt und so Manches zu Grabe führt: so scheint es sehr wünschenswerth, daß die Regierung sich in den Kirchensachen, so weit es mit ihrer Pflicht irgend verträglich ist, passiv, d. h. tolerant beweiße.

In Zeiten, wie die gegenwärtigen, wo die Befestigung des Thrones und die Wohlfahrt des Landes die Ordnung der Verfassungsfrage fordern; in einer Zeit, in welcher Theuerung das Volk drückt und Hungernöth auf vielen Punkten in Aussicht steht, in welcher sich unter der großen Zahl der Proletarier die communistischen Ideen immer mehr und mehr verbreiten und es an Personen nicht fehlt, welche die Massen des Volks in Bewegung zu bringen suchen, müssen die religiösen Wirren bei Seite gestellt werden, um nicht dem Brande noch größere Verbreitung zu geben.

Wie richtig diese Ansicht ist, wird sich, wie wir glauben, im weiteren Verlauf der Schrift immer deutlicher herausstellen.

---

## Die materiellen Zustände.

---

Welche Bedeutung die materiellen Interessen in neuester Zeit gewonnen haben, und welchen Einfluß sie auf die Wohlfahrt des Volks, auf die Macht des Staats, welchen auf die innere Ruhe des Landes da üben, wo sie sorgsam gepflegt werden, bedarf keiner weiteren Erörterung, sondern kann als bekannt angenommen werden. Keine Regierung hat dies besser zu würtigen gewußt als die englische, und die Macht und der Reichthum Englands sind zum großen Theil als Folgen davon zu betrachten.

Ganz im Gegensatz von England hat die preussische Regierung den materiellen Interessen bisher wenig, viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, und die traurigen Folgen davon machen sich in allen Theilen der Monarchie nur zu sichtbar; ja sie sind ganz geeignet, die ernstesten Besorgnisse für die Gegenwart und weitere Zukunft zu erregen, insofern nicht eine schnelle und durchgreifende Abhülfe erfolgt.

Bei der näheren Beleuchtung der für die ganze Monar-

die so wichtigen materiellen Interessen werden wir uns zuerst mit dem jetzigen Nothstande beschäftigen, welcher in den nächsten sechs Monaten über viele Theile der Monarchie unabsehbares Elend verbreiten muß, und dann zu den Besorgnissen übergehen, welche die wachsende Zahl der Proletarier in Verbindung mit dem sich stark verbreitenden Communismus allen Denjenigen einflößt, welchen die Erhaltung des Bestehenden am Herzen liegt; im weiteren Verlauf werden wir dann unsere Ansichten über die Mittel zur Abhülfe mittheilen, und mit den weiteren Ursachen des stark im Sinken begriffenen Nationalwohlstandes, der allgemeinen Geldnoth, der Stockung im Ackerbau, im Handel und in den Gewerben und der in Folge dessen eintretenden Veränderung der Staatseinnahmen beschäftigen.

Der geringe Ausfall der Ernte von 1845 und die fast ganz allgemeine Mißernte von 1846 sind Schickungen des Himmels, die um so härter treffen, weil die Kartoffeln, welche mindestens  $\frac{1}{3}$  des Nahrungsstoffes des gemeinen Mannes ausmachen, in allen Gegenden schlecht gerathen, in vielen gänzlich mißrathen sind.

Die Noth, die hieraus und aus der übertriebenen Theuerung der Lebensmittel für die ärmere Volksklasse fast allgemein entsteht, ist grenzenlos, und wird sich bis zur nächsten Ernte von Monat zu Monat steigern. Soweit uns die Preise der Lebensmittel bekannt sind, kostet der Scheffel Roggen allenthalben mindestens 3 Thaler und darüber, die anderen Kornarten nach Verhältniß und die Kartoffeln 25 Sgr. bis  $1\frac{1}{2}$  Thlr.

Abgesehen nun davon, daß die Geldnoth, welche ebenso allgemein verbreitet ist wie die Kornnoth, und eine gleiche Höhe erreicht hat, zur Einstellung aller nicht dringender Arbeiten führt: wie soll es bei diesen Preisen der Lebensmittel den Arbeitern, selbst wenn sie Beschäftigung finden, möglich werden, von ihrem Verdienst sich und ihre Familie zu ernähren? Bis Weihnachten haben viele derselben noch von den Saatkartoffeln und den früher gesammelten Vorräthen gelebt, aber so dürftig, daß hierin der Grund der vorgekommenen, ungewöhnlichen zahlreichen Erkrankungen und Sterbefälle liegt.

In den größeren Städten werden die Brodlosen durch die Mildthätigkeit ihrer reicheren Mitbürger doch nothdürftig gespeiset, und auf den großen Landgütern verdient der Tagelöhner sich etwas Korn durch das übliche Drescherlohn; allein den Tagelöhnern, die in den kleinen Landstädten und Bauerndörfern wohnen, und die durch den Mißwachs an Kartoffeln ihre Hauptnahrung verloren haben, bleibt ohne fremde Hülfe nur übrig: zu stehlen, zu betteln oder zu verhungern.

Es wird zwar angeblich in Folge von genauen Ermittlungen, die durch die landwirthschaftlichen Vereine angestellt worden sind, behauptet, daß wenn die noch im Lande befindlichen Ernährungsmittel auf die ganze Bevölkerung vertheilt werden könnten, diese bis zur nächsten Ernte ausreichen würden. Eine solche gleichmäßige Vertheilung ist aber unausführbar, da der eine Theil kein Geld hat zu kaufen, der an-

dere kein Getreide ohne Geld fortgiebt; mithin liegt in der oben erwähnten Ermittlung kein Trost für die Nothleidenden.

Es ist vorhin gesagt, daß schon jetzt in Folge der schlechten Nahrung ungewöhnlich viele Krankheits- und Sterbefälle vorgekommen wären; allein aus zuverlässigen Quellen ist uns mitgetheilt, in welchem Grade auch das Betteln und die Felddiebstähle und die Einbrüche in die Borrathskammern und Kartoffelkeller selbst in Gegenden zunehmen, wo dies bisher nie vorkam. Es bleibt aber sehr zu besorgen, daß wenn eine Verwilderung der Bevölkerung einmal eingerissen ist, sie leicht zur Gewohnheit wird.

Allein noch ein anderer Uebelstand verdient vor Allem Erwähnung und Abhilfe. Bei der höchst dürftigen Kartoffelernte ist nämlich mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die große Masse der Tagelöhner unter den geschilderten Verhältnissen ganz außer Stande sein werde, sich die Kartoffeln zur Saat zu ersparen\*), und da schon jetzt in manchen Gegenden Kartoffeln kaum mehr für Geld zu haben sind, so wird, wenn nicht für die Saat von Seiten der Regierung gesorgt werden

---

\*) Zum bessern Verständniß für das mit den ländlichen Verhältnissen unbekanntes Publikum müssen wir mittheilen, daß fast ohne alle Ausnahme den Tagelöhnern von den großen und kleinen Grundbesitzern gegen Dienste oder andere Leistungen alle Frühjahr Land zur Auslegung von 8, 10 bis 12 Scheffel Kartoffeln überlassen wird, und daß sie davon in der Regel mindestens 60 bis 80 Scheffel bauen, die sie zur Ernährung ihrer Familien verwenden, die ihnen nun aber dies Jahr fehlen.

sollte, die Noth im nächsten Jahre noch größer werden, wie im jetzigen.

Daß, wo solche Verhältnisse bestehen, die Regierung in mehrfacher Beziehung hülfreich einzuschreiten verpflichtet sei, darüber wird sie selbst und das Publikum wohl nicht im Zweifel sein können.

Abgesehen von den Pflichten das Elend unserer Mitmenschen zu lindern, so zahlt auch der Tagelöhner Abgaben und ist zur Vertheidigung des Vaterlandes mit seiner Person und mit der seiner Kinder verpflichtet; er kann daher auch wohl mit vollkommenem Rechte verlangen, daß man ihn und seine Familie in der Noth unterstütze und vom Hungertode errette.

Wenn man aber auch hiervon abstieht, so darf man doch fragen, wohin es führen würde, wenn die Kartoffelsaat fehlte und die Noth der unteren Volksklassen auf den höchsten Gipfel getrieben werden sollte? Was sagt uns Irland darüber? — Zu hoffen ist es, daß die Regierung und die jetzt bald zusammenkommenden Stände zuerst und vor Allem die vielfachen Arten der materiellen Noth einer ernsten Erwägung unterziehen werden.

Das Nächste, was für jetzt zu thun wäre, möchte wohl darin bestehen, den Behörden bei eigener Verantwortung aufzugeben, einen genauen Bericht über den etwa bestehenden Nothstand und darüber abzustatten, in wie weit die künftige Kartoffelsaat vorhanden sei oder nicht; unzweifelhaft

wird diese an vielen Orten fehlen, und die Noth sich dann auch im nächsten Jahre wiederholen.

Wenn die Regierung aber nicht bei Zeiten von der Höhe des Nothstandes in Kenntniß gesetzt ist, so kann leicht die Folge davon sein, daß es den höchsten Behörden unmöglich gemacht wird, Hülfe zu gewähren.

Die Calamität, welche durch Mißernten veranlaßt die unteren Volksklassen so sehr drückt, führt uns unmittelbar zu der allgemein verbreiteten und sehr begründeten Besorgniß über die Vermehrung der Zahl der Proletarier im ganzen Umfange der Monarchie.

Wohin eine solche steigende Bevölkerung von Proletariern führt, beweiset Irland, ja selbst England; und wie gefährlich sie werden kann, wenn die auch bei uns sich immer mehr verbreitenden communistischen Ideen tieferen Boden fassen: darüber darf sich wohl Niemand täuschen, besonders da wir uns keiner starken Verfassung erfreuen, die, wie in England, ein Gegengewicht abgäbe.

Noch vor wenigen Jahren fanden sich nur hin und wieder in den großen Städten Proletarier, und die communistischen Ideen waren ganz unbekannt. Dieses rasche Zunehmen derer die nichts haben und des Communismus weist auf mancherlei Gebrechen hin, die bei uns bestehen, und die gemeinschaftlich zu so bedauerlichen und besorglichen Resultaten führen.

Obgleich die communistischen Ideen keinesweges von den

Proletariern, sondern von denjenigen ausgehen, die aus Leichtfinn oder Egoismus an dem Umsturz der Gesellschaft arbeiten, und besonders unter den Handwerksgefelln Verbreitung finden: so liegt doch die Hauptgefahr darin, daß es eine so große Masse von Menschen giebt, die nichts zu verlieren haben, und die daher jederzeit zum Kampf gegen die bereit sind, die etwas besitzen.

Um die Mittel zu kennen, einer Gefahr, welche die Ordnung der Dinge von dieser Seite her bedroht, zu begegnen, müssen wir vor Allem die Ursachen erforschen, aus welchen die Gefahr entspringt.

Mangel an Gelegenheit zum Erwerb steht hier oben an; nichts macht ruhigere Bürger, als wenn die Mägen gefüllt sind. Eine sich materiell wohl befindende Masse Deutscher bekümmert sich wenig um Politik und was außer ihr vorgeht; eine hungernde, im Wohlstande zurückschreitende Bevölkerung ist unzufrieden, verwildert, und am Ende nicht mehr zu bändigen.

Wo wie in Preußen die Bevölkerung wächst, bedarf sie, um sich ernähren zu können, einer Erweiterung des Feldes ihrer Thätigkeit: diese fehlt. Der Ackerbau unterliegt in manchen Theilen der Monarchie noch immer Beschränkungen, die seinen Flor und die Ausbreitung der Bodencultur niederdrücken. Der Gewerbefleiß und der Handel erfreuen sich weder im Inneren noch in ihren Beziehungen nach Außen einer sie hinlänglich schützenden Vorsorge der Regierung; im Gegentheil, durch das

Beharren bei falschen Systemen, durch lästige Beschränkungen mancher Art, und vor Allem durch die Verfolgung mangelhafter Finanzmaximen leidet der Erwerb, vermindert sich das Nationalvermögen. Wir werden weiterhin die hier ausgesprochene Ansicht zu belegen wissen; für jetzt genügt es zu zeigen, welchen Einfluß die obigen Verhältnisse auf die Verarmung mancher Klassen der Bevölkerung haben.

Es ist vorhin gesagt, daß mit der Zunahme derselben auch ein weiteres Feld der Thätigkeit wenigstens geöffnert bleiben müsse \*); dies ist bisher aber nur im viel zu beschränkten Maaße geschehen.

Da durch Gesetzesuspensionen, auf welche wir zurückkommen werden, der wachsenden ländlichen Bevölkerung selbst in den Provinzen, wo noch so viel Land wüßt liegt, die Ansiedelung gehindert wird; da der Gewerbleiß und die Fabrication überhaupt so wenig Aufmunterung finden, daß die früher bedeutendste derselben, die Leinwand-Fabrication, ganz in Verfall gerathen ist; da der Handel wegen zu geringen Schutzes in Abnahme begriffen ist, die Schifffahrt durch nachtheilige Verträge mit anderen Staaten darniederliegt — mithin auch diese Erwerbquellen der zunehmenden Bevölkerung ebenso wenig die Gelegenheit zu einer lohnenden Beschäftigung ge-

---

\*) Wir sind billig in unseren Anforderungen; wo das Land eine so große Masse von Beamten besoldet, könnte man wohl verlangen, daß statt „geöffnert bleiben“ „geöffnert werden“ gesagt würde.

währen als der Ackerbau: — was sind die nothwendigen Folgen davon? Daß während sich die Geschäfte weder erweitern noch lohnender werden, ja abnehmen, die Zahl derer, die sie betreiben, sich bei völliger Gewerbefreiheit in dem Maaße vermehrt, daß, wenn dies Verhältniß bleibt, eine allgemeine Verarmung, mindestens eine steigende Zunahme der Proletarier durch alle Klassen der Gesellschaft mit mathematischer Gewisheit zu berechnen ist. Als die Regierung sich zu dem System der freien Entwicklung des Fortschrittes entschloß, welchem auch wir huldigen, als sie durch Aufhebung der Hörigkeit, des Zunftwesens und durch Sprengung aller der Fesseln, die in früherer Zeit die freie Bewegung unterdrückten und die Zunahme der Bevölkerung hinderten, der freien Concurrenz das Feld öffnete: durfte sie nicht dabei stehen bleiben alle Bande gelöst zu haben, sondern sie hätte dem Strom auch ein Bett anweisen müssen, nicht aber wie gegenwärtig ruhiger Zuschauer bleiben und das Schicksal walten lassen. Unmöglich kann die Regierung so befangen sein, zu übersehen, daß hierin der Krebs unserer jetzigen socialen Verhältnisse liegt, den nur eine durchgreifende Hülfe heilen kann.

Der Gegenstand ist so ernst, daß wir hoffen, die nächstens zusammentretenden Stände werden nicht unterlassen, im Gefühl ihrer Pflicht gegen den Thron und gegen das Land, denselben einer ernststen Prüfung zu unterziehen.

Fassen wir jetzt wieder die Klasse der eigentlichen Tagelöhner ins Auge, so finden wir, daß sich in neuester Zeit und

auch jetzt noch für diese, sowohl zum Bau der Eisenbahnen als so vieler Kirchen und ganz neuer Stadtviertel in Berlin, zwar ein ausgedehntes Feld der Beschäftigung gefunden hat; da jedoch alle diese Bauten von den Mitteln, welche die Regierung und die Unternehmer daran verwenden können, abhängig sind, und diese leicht in nächster Zeit fehlen möchten, so ist die Frage natürlich: was dann aus den bei diesen Bauten beschäftigten Arbeitern werden wird, wenn sie nicht durch Förderung der produktiven Gewerbe eine Gelegenheit erhalten, sich zu beschäftigen, die nicht so zufällig ist als die gegenwärtige?

Allein man würde sich sehr täuschen, wollte man annehmen, das Proletariat erstreckte sich nur auf die alleruntersten Volksklassen. Der Mangel an Gelegenheit, die geistigen und physischen Kräfte productiv, im eigentlichen Sinne des Wortes genommen, zu verwenden, macht, daß sich, wie vorhin schon angedeutet, auf die einmal bestehenden Gewerbe die ganze, neu anwachsende Bevölkerung wirft, und in Folge daraus entspringender übergroßer Concurrrenz Viele verarmen oder nur dürftig sich durchkümmern.

Wie an so vielen Orten, so tritt dies auch in Berlin recht bestimmt hervor. Alle Tage entstehen so z. B. neue Läden, während sich andere schließen; daher fehlt es auch in dieser Region nicht an Proletariern. Ja selbst höher hinauf in den geistigen Sphären finden wir sie; wir wollen nur auf die Literaten hinweisen, die ihre Feder der Tagespresse wid-

men. Auch hier bestehen mit Bezug auf die Concessions-Ertheilungen neuer Tagesblätter sehr einengende Beschränkungen, und erzeugen auch hier das Mißverhältniß zwischen der Zahl der Subjecte und Objecte. Nur ausnahmsweise und bei erprobten Verdiensten wird, wie in neuester Zeit in Berlin, die Concessio zu einer neuen Zeitung ertheilt. Inzwischen erscheint diese letztere noch nicht als bleibender Stern an dem berliner Firmament, sondern nur als ein Meteor, welches nach der Art dieser Naturerscheinung in dem Augenblick pläzt, wo es zu leuchten anfängt. (Notabene: die Concessio kann jeden Augenblick zurückgenommen werden.)

Wenden wir uns nun wieder dem Communismus und den Ursachen zu, welche ihn fördern, so ist auch dessen Unterlage theilweise in dem mangelnden materiellen Wohlbefinden zu suchen; aber seinen Hauptsitz hat er in den krankhaften politischen Zuständen der jetzigen Zeit, und man würde sich einer sehr gefährlichen Täuschung hingeben, wenn man sich einbildete, ein so tief eingewurzeltel Uebel durch Polizeimaassregeln unterdrücken zu können: diese vermögen nicht mehr, als öffentliche Demonstrationen zu verhindern.

Gegen eine Pest, wie der Communismus ist, giebt es, nachdem sich das Contagium einmal verbreitet hat, nur ein Mittel, dieses ist: ein gesunderer Körper; leider fehlt uns und, was das Schlimmste ist, größtentheils dem ganzen Deutschland, in politischer Beziehung bis jetzt ein solcher.

Wir haben vorhin gesagt, es wäre eine Todsünde, Zu-

stände, wie deren so viele bestehen, leichtsinnig aufzufassen. Todsünde nennen wir sie, weil, wenn man sie fortwalten läßt und ihnen nicht mit Kraft und Umsicht entgegentritt, sie nur zu leicht zum Umsturz der gesellschaftlichen Ordnung führen.

Soll der Communismus und sollen so viele andere, die Sicherheit und die Wohlfahrt des Landes bedrohenden und auf die Verwilderung der Masse direkt einwirkenden Elemente in Schranken gehalten werden, so bleibt keine Wahl, als vor Allem dem Lande Institutionen zu geben, die sich dem Throne fest anschließen und stark genug sind, ihn gegen die destruktive Richtung der Zeit zu schützen; gleichzeitig aber solche Maaßregeln zu ergreifen, die die Aufregung beschwichtigen und vor Allem die Verbesserung der materiellen Wohlfahrt in Aussicht stellen. Wohin es führt, wenn da, wo noch so viele Mängel bestehen, noch so vieles zu ordnen bleibt wie bei uns, der Regierung die Gelegenheit fehlt, durch allgemeine Landstände die Wünsche der Majorität des Volks zu vernehmen, und sie sich daher allein der Einsicht einer durch die Last der Geschäfte erdrückten Verwaltung hingeben muß, beweisen die sich immer bedenklicher herausstellenden Zustände unserer Monarchie. Doch wir wollen den Gegenstand hier nicht weiter verfolgen, und nachdem wir das allgemeine Prinzip einer radikalen Kur ausgesprochen haben, jetzt auf einige spezielle Vorschläge zur Abhülfe eingehen.

Das erste und wichtigste, was zu thun übrig bleibt, ist, wo möglich die jetzige Masse der Proletarier zu vermindern

und diesen eine Beschäftigung zuzuweisen, welche sie wieder zu produktiven Gliedern des Staats macht und sie in die Lage versetzt, sich und ihren Familien Unterhalt zu verschaffen. Hierzu giebt es keine bessere Gelegenheit, als wenigstens einen Theil von ihnen anzusiedeln, sie auf den Acker- und Gartenbau anzuweisen. Die vielen wüsten Ländereien bieten dazu eine sehr passende Gelegenheit dar; und wenn bei der Ansiedelung mit praktischer Umsicht verfahren wird und nach Beschaffenheit des Bodens jeder so viel, aber auch nicht mehr und nicht weniger Land zugetheilt erhält, als hinreicht ihn zu ernähren, so werden solche Colonien gedeihen, und es wird sie nicht der Vorwurf treffen, den man ihnen machen will, daß sie zu leicht zur Verarmung führen. Wir selbst haben mehrere Colonie-Dörfer angelegt, aber bei einem mäßigen Canon, den wir ihnen auferlegt haben, ist noch kein Fall vorgekommen, daß ein Colonist verarmt sei. Inzwischen müssen wir zugleich davor warnen, daß ihnen nicht erlaubt werde, ohne spezielle Genehmigung Hausinnen aufzunehmen, aus welchen sich nur zu oft die allerschlechteste Klasse der Proletarier bildet; dagegen ist es dringend zu empfehlen, in solchen Colonien mit dem Schulunterricht für beide Geschlechter eine Unterweisung zu verbinden, die es ihnen in der Folge möglich macht, sich besser ernähren zu können.

Wenn die Mädchen schon in der Jugend Unterricht im Spinnen, Weben und anderen Hausarbeiten erhielten, zugleich im Gemüsebau unterrichtet würden, und die Knaben